

DIE „ PFRÜNDE DER PLEITE- BANKER



Die skandalumwitterten Volksbanken sind um eine Affäre reicher: Wie umstrittene Pensionsprivilegien diskret mit Steuergeld subventioniert wurden.

Von Ashwien Sankholkar

Im Volksbanken-Sektor ist die Hölle los. Seit Wochenbeginn geht es wieder einmal rund. Die Ratingagentur Fitch stuft die Bonitätsklasse des Bankenverbands (41 lokale Volksbanken plus Spezialbanken) um sieben Stufen herab. Volksbank-Anleihen gelten seither als spekulative Ramsch-Papiere, was die Neuverschuldung des Sektors verteuert.

Zur gleichen Zeit wurden rebellische Volksbanker von Finanzminister Hans Jörg Schelling regelrecht betoniert, weil sie die längst überfällige Errichtung eines neuen Bankenverbands blockieren und so die Rückzahlung der Staatshilfe fürs Spitzeninstitut ÖVAG verzögern. Schützenhilfe im Kampf gegen die Volksbanker bekam Schelling von der Aufsicht: Die FMA drohte den Rebellen mit Lizenzentzug und die Nationalbank mit Sonderprüfungen.

Parallel dazu formieren sich immer mehr Anlegeranwälte, die geprellte ÖVAG-Gläubiger vertreten und die Spaltung der ÖVAG in eine „Bad Bank“ (Name: „Immigon“) und eine gesunden Bankenteil torpedieren wollen. Die Abspaltung soll am 4. Juli erfolgen und von einem neuerlichen Kapitalschnitt begleitet werden, bei dem die Republik allein 250 Millionen Euro abschreiben muss.

Ratingdesaster, Verbundkrise und Spaltungsverträge: Auf der für 28. Mai festgesetzten Hauptversammlung der ÖVAG, wo die Volksbanken mit 51,6 Prozent und die Republik mit 43,3 Prozent die bestimmenden Aktionäre sind, werden alle brisanten Themen behandelt.

Doch damit nicht genug. Die Agenda der letzten ÖVAG-Hauptversammlung dürfte wohl bald um einen heißen Tagesordnungspunkt reicher sein: die Pfründe der Pleitebanker. Eine FORMAT-Datenanalyse von ÖVAG-Geschäftsberichten

und sektorinternen „Verbundabschlüssen“ offenbart einen teuren Privilegiensumpf: Seit 2009, also nachdem die ÖVAG um Staatshilfe ansuchte und die ÖVAG-Tochter Kommunkredit notverstaatlicht wurde, explodierten die Rückstellungen für Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgelder sowie Topmanagergagen im Volksbanken-Vebund.

Freche Volksbanker. „Das ist ein Sittenbild und wirklich obszön“, sagt der Pensionsexperte Bernd Marin. „Eine Bank, die vom Steuerzahler gerettet wurde und Milliarden verbraten hat, leistet sich ein Pensionsparadies.“ Wäre die Bank hochprofitabel, meint Marin, dann könnte man noch darüber hinwegsehen.

„Aber so ist der mit Steuergeld finanzierte Luxus im Ruhestand eine ausgesprochene Frechheit.“ Wer kann den Misstand beseitigen? „Der Gesetzgeber muss da voll hineinfahren“, sagt Sozialexperte Wolfgang Mazal. Ein „Restrukturierungsgesetz“ sei denkbar und verfassungsrechtlich möglich. „Die Ansprüche werden gesetzlich reduziert und der bilanzielle Überhang an den Bund ausgeschüttet. Das ist eine legitime Vorgangsweise, denn die Volksbanken haben den Staat schon viel Geld gekostet.“

Beachtlich ist die Existenz von Dinopensionen, Treueprämien und Rekordgagen allemal. Zur Erinnerung: Die Volksbanken konnten sich bis dato nicht einmal die Zinsen für die insgesamt 1,35 Milliarden Euro Staatshilfe (PS-Scheine, Aktien und Garantien) leisten. Ganz im Gegenteil: Die Republik musste 2012 exakt 700 Millionen Euro abschreiben, und mit dem für Juli beabsichtigten Kapitalschnitt gehen weitere 250 Millionen Euro Staatsgeld drauf.

Die Trödelei der Volksbanker beim Umbau der ÖVAG dürfte kein

Die Volksbanken-Privilegien: Dinopensionen, Treueprämien

- 1 Die Dinopensionen.** Die Rückstellungen für Sonderpensionen auf Basis von Altverträgen summieren sich im Volksbanken-Verband auf 151 Millionen Euro. 2008 lag der Barwert noch bei 128 Millionen Euro.
- 2 Fette Abfertigungen.** Die Rückstellungen für Abfertigungen im Volksbanken-Verband summieren sich auf 159 Millionen Euro. Vor der Finanzkrise 2008 lagen die baren Verpflichtungen bei 114,3 Millionen Euro.
- 3 Die Treueprämien.** Wer 25 bzw. 35 Jahre im Sektor arbeitet, erhält Jubiläumsgeld (inkl. Heirats- und Kinderzulage). Die Verpflichtungen daraus stiegen von 15,5 Mio Euro im Krisenjahr 2008 auf zuletzt 22,5 Mio. Euro
- 4 Die Vorstandsgagen.** „Schlüsselpersonen“ im Volksbanken-Sektor – das sind etwa 85 Männer – verdienen sehr gut. 2012 waren es in Summe 25 Millionen Euro und 2013 immerhin 20 Millionen Euro.
- 5 Die Toprenten.** Für „Schlüsselpersonen“ im Sektor, also Vorstände und Geschäftsstellenleiter, wurden in den Jahren 2012 und 2013 in Summe zehn Millionen Euro für „Abfertigungen und Pensionen“ aufgewendet.

Der Steuerzahler stützte die ÖVAG-Gruppe (inkl. Kommunalkredit) mit 3,5 Milliarden Euro.



EINEN SANIERUNGSBEITRAG von den Volksbanken fordern Finanzminister Schelling (r.) und die ÖVAG-Bosse Koren und Borns (l.). Luxuspensionen sind nicht mehr tabu.



MASTER OF DESASTER. Franz Pinkl hat die ÖVAG-Krise mitverschuldet. Der Ex-ÖVAG-Boss trug aber keinen Schaden davon.

> Zufall sein. Jedes gewonnene Jahr ist für die Volksbank-Pensionisten bares Geld. In der Volksbanken-Verbundbilanz wird die Summe aus Rückstellungen für Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgelder euphemistisch als „Sozialkapital“ bezeichnet.

Zwischen 2008 und 2013 wuchs dieses Sozialkapital von 258 auf 333 Millionen Euro – ein Plus von satten 75 Millionen Euro. Während die Pensionsverpflichtungen von 128 auf 151 Millionen Euro stiegen (plus 18 Prozent), kletterte der Barwert der Abfertigungen sogar von 125 auf 159 Millionen Euro (plus 27 Prozent).

Frivol ist aber der Anstieg beim Jubiläumsgeld von 15,5 (2008) auf 22,5 Millionen Euro. Diese Treueprämie von „1,5 bis zwei Monatsgehältern“ plus „1,5 bzw. zwei Haushalts- und Kinderzulagen“ für 25 bzw. 35 Jahre Firmenzugehörigkeit wäre ohne Staatshilfe wohl nie zur Auszahlung gelangt. Auch Superpensionisten und Abfertigungskaiser werden so vom Steuerzahler subventioniert.

Tatsächlich ist nur ein Bruchteil der Sozialkapitalverpflichtungen durch externes „Planvermögen“ gedeckt, wie aus den Verbundbilanzen hervorgeht. Darum mussten ÖVAG bzw. Volksbanken regelmäßig nachschießen. Weil das zuletzt immer schwieriger wurde, musste Vater Staat einspringen. Die Einhebung ei-

nes Solidaritätsbeitrags von den Luxuspensionisten kam dem Volksbank-Topmanagement nie in den Sinn.

„Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt“, heißt es im ÖVAG-Bericht 2014 zum Thema „Sozialkapital“. In diesen Altverträgen stehen Pensionszusagen von bis zu 80 Prozent des Letztbezugs. Die Bank fettet die Differenz zur ASVG-Höchstpension von 3.226,51 Euro auf. Die Namen der Luxuspensionisten sind vertraulich.

Tatsächlich gibt es viele Manager im Volksbanken-Reich, die über solch gut dotierte Altverträge verfügen. Die aktuellen ÖVAG-Vorstände Stephan Koren, Michael Mendel und Rainer Borns gehören nicht zu den Privilegierten. Zu finden sind die Profiteure eher in der zweiten ÖVAG-Reihe bzw. im Vorstand lokaler Volksbanken. In den Verbundbilanzen werden sie als „Schlüsselpersonen“ bezeichnet. Laut FOR-MAT-Recherchen verdienen sie im Schnitt 250.000 Euro im Jahr und kommen rein rechnerisch auf 10.000 bis 15.000 Euro Monatspension.

„80 bis 85 Personen“, schätzt Volksbanken-Verbandsanwalt Christian Stomper, arbeiten im Sektor als Vorstände oder Geschäftsstellenleiter. Diese Schlüsselpersonen verdienen laut Verbundabschluss 2013

Die ÖVAG-Welt: Gut versorgte Altvorstände und Witwen

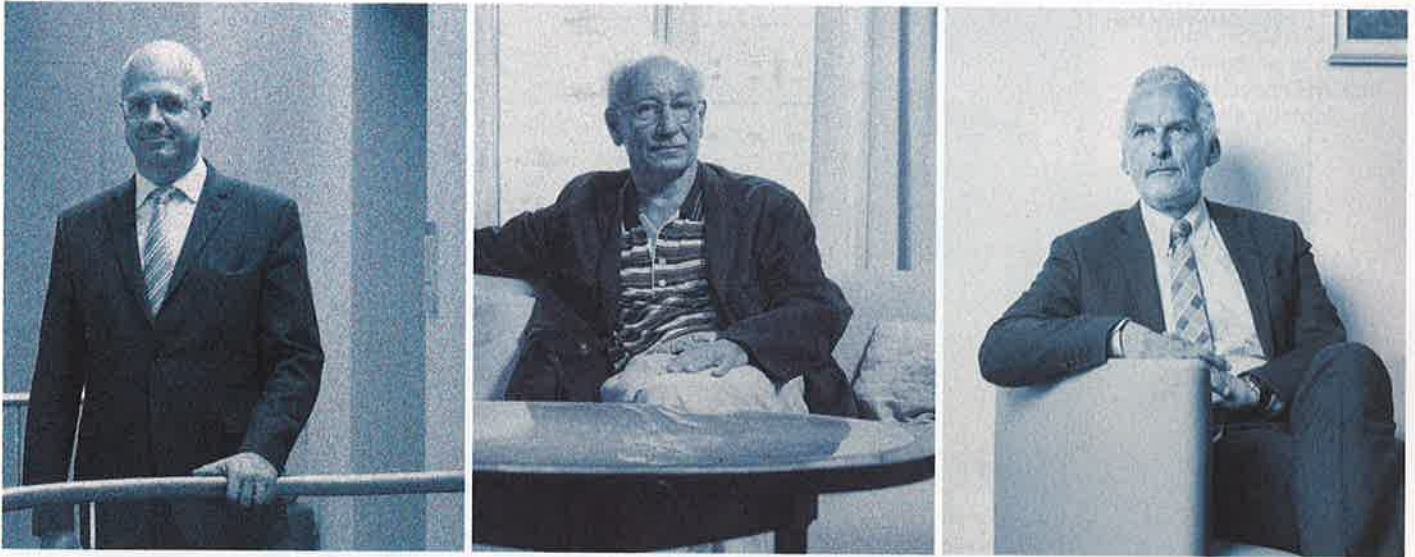
6 Vorstandsgagen. ÖVAG-Boss Stephan Koren und Vize Michael Mendel verdienen jeweils rund 613.000 Euro. Vorstand Rainer Borns kassiert 444.809,77 Euro. Boni und Prämien gibt es keine, weil die Bank defizitär ist.

7 Witwenpensionen. In ÖVAG-Altverträgen werden Hinterbliebene begünstigt. Trotz Rekordverlusten wurden seit 2007 rund fünf Millionen Euro an Ex-Vorstände und deren Witwen und Waisen ausbezahlt.

8 Millionenabfertigungen. Die ÖVAG überschüttet ihre Ex-Vorstände mit Geld. Seit 2008 wurden rund 7,2 Millionen Euro an „Abfertigungen und Pensionen“ ausbezahlt. Wer das Geld erhalten hat, wird geheim gehalten.

9 Sozialkapital. Die Verpflichtungen aus Pensionen, Abfertigungen und Jubiläumsgeld summierten sich laut Bilanz 2014 auf einen Barwert von 142,4 Millionen Euro.

Die Luxuspensionen der Volksbanken sind „obszön“, eine „Frechheit“ und „zu reformieren“.



SCHRECKEN DER LUXUSPENSIONISTEN. Für Wolfgang Mazal, Bernd Marin und Josef Moser sind die Pensionsprivilegien im Volksbanken-Sektor eine Zumutung. Die Volksbanken-Gruppe schreibt seit Jahren Defizite. Dass Luxuspensionen trotzdem subventioniert werden, sorgt unisono für Empörung.

ein kleines Vermögen: 25 Millionen Euro (2012) und 20 Millionen Euro (2013). Noch beeindruckender sind die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen in den beiden Jahren – die Summe: zehn Millionen Euro.

Geldregen für Pleitebanker. Auch das Spitzeninstitut ÖVAG überschüttete seine Pleitebanker mit Geld. So wurden etwa im Jahr 2009, als die Vorstände Franz Pinkl, Wilfried Stadler und Manfred Kunert die ÖVAG verließen, rund 1,6 Millionen Euro „für Abfertigungen und Pensionen für Vorstände“ aufgewendet. Kunert: „Ich gebe keine Interviews.“ Drei Jahre später als der glücklose Pinkl-Nachfolger Gerald Wenzel und dessen Kollege Wolfgang Perdich gingen, waren es sogar in Summe 1,79 Millionen Euro.

Das vom Steuerzahler gestützte Volksbanken-Pensionsparadies ist aber noch viel größer. In den meisten Altverträgen steht, dass Witwen und Waisen begünstigt sind. Allein in der ÖVAG summierten sich die Aufwendungen für „frühere Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie ihre Hinterbliebenen“ von 2007 bis 2014 auf rund fünf Millionen Euro.

Wie viel Pinkl, Wenzel & Co im Detail kassierten und wie viele Vorstandswitwen auf der ÖVAG-Payroll stehen, will die Bank nicht kommentieren. Hinter vorgehaltener Hand nimmt die Wut gegenüber den Pensionskaisern aber zu. Der Grund: Wohlbestallte

Altpensionisten verlieren keinen Cent Pension, aber gleichzeitig werden Mitarbeiter gekündigt.

Wenn 41 lokale Volksbanken mit rund 4.800 Mitarbeitern zu acht Regionalbanken fusioniert werden und die ÖVAG zur Bad Bank wird, ist ein Personalabbau unausweichlich. Allein in der ÖVAG müssen 180 von 600 gehen. Wenn teure Pensionsverträge bei der Restrukturierung unangestastet bleiben, wird das den Gekündigten sauer aufstossen.

In einem Forensikbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young im Auftrag der ÖVAG wurde der Vermögensverfall von 2005 bis 2011 mit „3,9 Milliarden Euro“ beziffert.

Unter Berücksichtigung der Kommunalkredit-Rettung wurde dieser Verfall fast zur Gänze vom Steuerzahler gedeckt.

„Der Rechnungshof hätte die ÖVAG geprüft, ist aber dafür nicht zuständig, weil er erst ab einer Beteiligung der öffentlichen Hand von 50 Prozent prüfen darf“, ärgert sich RH-Präsident Josef Moser. „Auf diese Kontrolllücke machen wir seit Jahren aufmerksam.“ Moser würde die ÖVAG gerne prüfen und das System reformieren. Doch er braucht einen gesetzlichen Auftrag. Das Sonderpensionengesetz, das RH-geprüfte Unternehmen betrifft, könnte locker auf die Volksbanken ausgedehnt werden, meint Mazal. Immerhin wurden so auch die Altverträge der Nationalbank geschnitten – und die ist im Vergleich zur Volksbank kein Defizitbetrieb. |

**333
MILLIONEN**

**wiegt das Sozialkapital
der Volksbanken. Die
Belastungen aus Pensionen,
Abfertigungen und
Jubiläumsgeld steigen
rasant.**

**300
MILLIONEN**

**will der Finanzminister
von den Volksbanken haben.
Zumindest 950 Mio. Euro
musste die Republik
abschreiben.**